

SHORT NEWS

Justice archaïque

Ce n'est un secret pour personne, le système judiciaire et carcéral luxembourgeois est un des plus archaïques d'Europe. C'est ce que nous rappelle l'arrêt « Boulois c./ Luxembourg » de la Grande chambre de la Cour européenne des droits de l'Homme (CEDH). Le 14 décembre 2010, une section de la CEDH avait conclu à une violation par le Luxembourg du premier paragraphe de l'article 6 de la Convention européenne des droits de l'Homme qui concerne le droit à un procès équitable. En effet, un détenu avait saisi la CEDH suite à un refus du délégué du Procureur général d'Etat à l'exécution des peines car celui-ci avait opposé un refus à ses demandes de congé pénal. Le Luxembourg a alors demandé le renvoi de l'arrêt devant la Grande chambre. Et son arrêt vient de tomber cette semaine : le Luxembourg est finalement débouté de la condamnation. Mais le problème reste entier. Le gain de cause que le Luxembourg a obtenu est peu glorieux. Le système d'application des peines, s'il n'est pas jugé contraire aux droits de l'Homme, reste profondément inique. D'ailleurs un projet de loi est en cours de route afin de le réformer. Une affaire qui nous rappelle qu'au Luxembourg, il existe encore des détenus tels que Guy Peiffer (22 années d'incarcération à ce jour !), auxquels le système refuse tout traitement humain et digne.

Presserat betreibt Selbstverstümmelung

Wie angekündigt (woxx 1155) wird der von 40 auf 30 Mitglieder reduzierte Presserat für die nächsten zwei Jahre vom Direktor des soziokulturellen Radios, Fernand Weides, präsiert. Das Generalsekretariat übernimmt sein Amtsvorgänger Joseph Lorent, als Vertreter der Saint-Paul-Journalistengewerkschaft UJL. Es ist nach 2000-2002 die zweite Amtsperiode des Radiomanns, der damals von ... Joseph Lorent abgelöst wurde. Erstes Opfer der von der Herausgeberseite des Presserates betriebenen Verschlingung wurde die unabhängige JournalistInnengewerkschaft SJL, die sich von zwei Mandaten auf eins halbierte (nachdem die beiden anderen Gewerkschaften großzügig auf jeweils zwei Mandate verzichtet hatten). Als sich der Vorstand des Presserates die Selbstverstümmelung per „vote préalable“ nach kurzer Debatte absegnen ließ, musste eine SJL-Vertreterin die Veranstaltung verlassen. Begründet wurde das Verschlingen mit der Suche nach größerer Effizienz. Wären alle Medien im Rat vertreten, ergäbe das ein Gremium von beinahe 80 Personen. Im Zeitalter großer Umbrüche im Medienbereich müsste die Selbstkontrolle der Medienschaffenden verbessert werden, da seien große komplizierte Organe fehl am Platze. Erstaunlich nur, dass im neuen Gremium nur mehr die klassischen Tages- und Wochenzeitungen sowie drei Radiostationen und ein Fernsehsender vertreten sind. Auch personell ähnelt seine Zusammensetzung eher jener der 1980er Jahre. Neue Medien und vor allem Medienbetreiber, die bereits vor zwei Jahren ihr Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet hatten, müssen vorerst draußen bleiben.

La police aime ça

La police grand-ducale ne finit pas d'innover. Cette semaine par exemple, elle a officiellement lancé son propre site sur le réseau social Facebook. Alors qu'une autre page de la police grand-ducale existait depuis 2010, la nouvelle permet d'interagir avec les utilisateurs et d'appeler par exemple à des témoignages ou de publier des communiqués de presse qu'avant il fallait chercher assez longuement sur le site officiel. Mais même si la sauce semble prendre et que les échos sont généralement positifs - plus de 4.000 abonné-e-s en moins d'une semaine - des doutes persistent quant à l'utilisation rigoureuse que fait la police des données collectées sur le net. Pour le parti des pirates, qui peut encore une fois se poser en donneur de leçons, c'est avant tout la présomption d'innocence et le fait qu'une instance officielle collabore avec une firme américaine qui collecte toutes les données des utilisateurs, donc aussi celles de la police grand-ducale, qui risque d'être problématique. Quant à l'utilisation potentielle de Facebook pour la traque de criminels, aucun mot n'a été dit, ni posté.

AKTUELL

BEHINDERTENRECHTE

Kein Paradigmenwechsel

Christiane Walerich

Der vom Familienministerium vorgestellte Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist erst ein Anfang.

Ende März hatte die Ministerin für Familie und Integration, Marie-Josée Jacobs, den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der Öffentlichkeit präsentiert. „Den Wünschen der betroffenen Interessengruppen, die zur Ausarbeitung des Aktionsplans maßgeblich beigetragen haben, konnte zum großen Teil entsprochen werden“, heißt es in dem Communiqué des Familienministeriums. Und: „Die Handlungsfelder der UN-Behindertenrechtskonvention, die in dieser ersten Phase nicht aufgegriffen wurden, werden in einer zweiten Umsetzungsphase berücksichtigt werden“.

Schon im Vorfeld der Veröffentlichung hatte es Kritik gehagelt, dass die von Betroffenen eingebrachten Forderungen zu Bildung, Autonomie und Inklusion durch das Ministerium stark verwässert worden seien. So waren die Reaktionen auf die Veröffentlichung auch eher gemischt. „Info Handicap“ immerhin begrüßte die Veröffentlichung des nationalen Aktionsplanes und versprach, dessen Umsetzung kritisch verfolgen zu wollen - „Es gilt nun, den Worten Taten folgen zu lassen“. Ebenso kündigte die Organisation an, in naher Zukunft „Streitgespräche“ zu organisieren, mit dem Ziel, die inhaltliche Debatte weiter voranzubringen.

„Die besagte Konvention ist kein reines Verwaltungsinstrument, welches man halbherzig annehmen oder auch ablehnen kann. Vielmehr handelt es sich um verbindliche Rechte, zu deren Gewährung sich Luxemburg mit der Ratifizierung am 26. September 2011 gegenüber der Weltgemeinschaft verpflichtet hat“, stellt die Behinderten-Selbstvertretungsorganisation „Nëmme mat eis!“ klar, die aktiv am Aktionsplan mitgearbeitet hat, sich nun jedoch enttäuscht zeigt, „dass am Ende viele Maßnahmen verschwunden oder sehr dürftig ausgefallen sind.“ Es sei sehr bedenklich, dass bei diesen fast nie ein Budget angesetzt worden ist. Daher sei zu befürchten, dass die Regierung vieles unrealisiert lassen könnte. Kritisiert wird von „Nëmme

mat eis“ insbesondere, dass die Forderung nach persönlicher Assistenz bei Bildungsaktivitäten und bei der Arbeit im Aktionsplan unberücksichtigt geblieben ist. Die mit dieser Forderung im Zusammenhang stehende umfassendere, nämlich Menschen mit Behinderungen nach dem Modell anderer EU-Länder ein persönliches Budget zu gewähren, wurde ebenfalls abschlägig beschieden. Die Idee dabei ist, Personen mit Behinderungen das Geld, auf das sie Anspruch haben, direkt ausbezahlen, so dass sie sich ihre Assistenz selbstbestimmt organisieren können - im Privatleben wie auf der Arbeitsstelle. Auch der Verein für Gehörlose und Schwerhörige „Daaflux“ kritisiert, dass das Modell der persönlichen Assistenz im Aktionsplan nicht vorkommt: „Gehörlose Kinder können nicht zusammen mit anderen Kindern in die Schule gehen, solange die Assistenz nicht gut ist... Auch wir Erwachsene möchten uns gerne weiterbilden.“ Wichtig seien Gebärdensprachdolmetscher und Gehörlosenlehrer an Schulen, am Ausbildungsplatz und an der Universität. „Sonst sind wir isoliert und haben nicht die gleichen Chancen!“, betont Daaflux. Zufrieden ist die Organisation über den Beschluss der Regierung, endlich ein Kommunikationszentrum zu gründen und die Gebärdensprache anzuerkennen - obwohl auch hier viele Modalitäten unklar sind, so zum Beispiel, ob diese Anerkennung gesetzlich verankert werden soll. Auch die angestrebte Untertitelung der Nachrichtensendungen sei ein begrüßenswerter Schritt, doch müssten die Sendungen eigentlich in Gebärdensprache verdolmetscht werden, um die Kommunikationsprobleme tatsächlich zu beheben. Kritisiert wird der Aktionsplan auch vom Verein „Elteren a Pedagoge fir Intégratioun“. Die UN-Konvention verpflichte die Vertragsstaaten in Artikel 24 dazu, die Allgemeine Schule zu einer inklusiven zu entwickeln. Dagegen sehe das Aktionspapier der Regierung vor, dass die „Education différenciée“ für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen zuständig bleibt und die so genannten „classes de cohabitation“ sogar ausgebaut werden. Damit aber werde die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems nicht gefördert, sondern im Gegenteil gehemmt.